



Kandidat für den Bezirkstag

Michael Bernwieser will auf höherer Ebene beeinflussen

Was ist der Bezirkstag überhaupt?

Ganz einfach: Der Bezirk Oberbayern ist eine Gebietskörperschaft des Freistaates Bayern auf der dritten kommunalen Ebene. Schön.

Und was heißt das? Und wie funktioniert „kommunale Selbstverwaltung“ überhaupt? Seit wann existiert der Bezirk als kommunale Gebietskörperschaft? Und welche Regionen gehören zum Gebiet des Bezirks Oberbayern? Wozu brauchen wir den?

Nun, die Selbstverwaltung von uns, den Bürgern, findet auf drei Ebenen statt: die erste Ebene bilden die Gemeinden, die zweite Ebene sind die Landkreise und kreisfreien Städte und die dritte Ebene sind eben die bayerischen Bezirke. Diese gibt es seit rund 170 Jahren, allerdings wurden sie bis Mitte des letzten Jahrhunderts Kreise genannt. Oberbayern ist mit seinen 20 Landkreisen, den kreisfreien Städten München, Ingolstadt und Rosenheim und seinen 497 Gemeinden der größte dieser Bezirke.

Der Bezirkstag ist zuständig für Bereiche wie Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur, Umwelt oder auch Heimatpflege. Konkret heißt das, dass er so unterschiedliche Aufgabenstellungen wie Eingliederungshilfen, den Betrieb von Fach- und Sonderschu-

len, Freilichtmuseen, Kultur- und Bildungszentren oder von Fachkrankenhäusern und Spezialkliniken wahrnimmt.

Mit anderen Worten: Er kümmert sich um unser aller soziales und kulturelles Wohl. Rund 90% seines Budgets wird für soziale Zwecke ausgegeben.

In der Zentrale in der Münchner Prinzregentenstraße arbeiten etwa 900 Mitarbeiter – die meisten in der Sozialverwaltung. Dazu nehmen andere noch Fachaufgaben wahr, beispielsweise im Gesundheitswesen und Kulturbereich, oder sind mit Verwaltungsaufgaben im Personalwesen, in der Organisation oder der EDV beschäftigt. Dem Kommunalparlament, welches alle fünf Jahre – zeitgleich mit dem Landtag – gewählt wird, gehören derzeit 67 gewählte Bezirksräte an, allesamt ehrenamtlich, sie tagen in ausschließlich öffentlichen Sitzungen.

Hierbei ist der Bezirksrat mit ganz erheblichen Mitteln ausgestattet – knapp 2 Milliarden Euro, oder anders formuliert: knapp 43.500 Euro für jeden der rund 4,6 Millionen Einwohner Oberbayerns. Jedes Jahr.

Also: Der Bezirkstag hat eine ungeheure wirtschaftliche und soziale Macht. Und wieso kennt den Bezirkstag dann niemand? Hierzu meint im Gespräch mit

der DZ Seeshaupts Bürgermeister Michael Bernwieser: „Soziale Themen sind oftmals nicht dafür geeignet, dass sie auf einem großen Tablett serviert werden.“ Er führte einige ganz konkrete Projekte hier in Seeshaupt an, bei denen der Bezirkstag aktiv wurde – wie z.B. bei der Unterstützung von Kulturprojekten oder auch bei der Inklusion im Kindergarten, die ebenfalls finanzi-

ell unterstützt wurde.

Allerdings liegt auch noch einiges im Argen, und genau darum möchte Bernwieser für einen Sitz im Parlament kandidieren. Er komme ja selbst aus einem sozialen Beruf, und sein Anliegen sei es, oftmals auftretenden Ungerechtigkeiten auf kommunaler Ebene offensiv zu begegnen – es verhält sich nämlich so, dass vollmundig durch

den Freistaat oder den Bund angekündigte Projekte, wie u.a. die Digitalisierung der Schulen oder das Anrecht auf einen Kindergartenplatz, letzten Endes von den Gemeinden bezahlt werden müssen, schließlich wird auch der Bezirk über die Kreisumlage von den Gemeinden finanziert.

Aus diesem Grunde wurde eine so genannte „Freie Liste Oberbayern“ (FLO) gegründet, die aus freien Mandatsträgern wie Bürgermeistern, Gemeinderäten, Bezirkstagsräten sowie dem Sprecher aller oberbayerischen Gemeinden, Josef Steigenberger aus Bernried, besteht. Diese wollen nun auf kommunaler Ebene, losgelöst vom üblichen Parteikadavergehorsam, wie es Bernwieser nennt, und den allgemeinen (Partei-) politischen Zwängen der kleineren Gemeinden Gehör verschaffen und rein landespolitisch motivierten, gleichwohl realitätsfernen Projekten Paroli bieten. Es sei durchaus wichtig, dass eben auch eine kleine Gemeinde wie Seeshaupt im Bezirkstag Stimme und Gehör findet. Denn oftmals seien wir Bürger es, die am Ende die Rechnung für nicht zu Ende gedachte Aktionen bezahlen müssen, sagt Bernwieser.

Die nächsten Wahlen sind am 14. Oktober 2018...

Meik Bödeker



Schlagabtausch in der Bürgerversammlung

Heißes Eisen „Gärtnerquartier“ kam erst am Schluss

Bis zuletzt mussten die Besucher der Bürgerversammlung auf das Thema Gärtnerquartier warten. Die geplante Bebauung der 1,5 Hektar großen Fläche mit etwa 40 Wohneinheiten sorgt für heftige Kontroversen. Die meisten der rund 120 Besucher hatten es lang genug im Saal der Seeresidenz ausgehalten. Sie konnten einen Schlagabtausch zwischen Angela Shelley als Vertreterin der Anwohnergemeinschaft, die sich gegen die Erschließung des derzeitigen Gärtnergeländes über eine private Stichstraße wehrt, und Bürgermeister Michael Bernwieser verfolgen. Bernwieser hatte zunächst den Bebauungsplanentwurf für das östlichste Teilstück des Geländes vorgestellt, der, so betonte er, nur realisiert werden kann, wenn sich die Grundeigentümerin in einem privaten Vertrag mit ihren Nachbarn über die Nutzung der Zufahrtstrasse einigen kann.

Darüber hinaus berichtete Bernwieser aus einer nicht-öffentlichen Sitzung des Gemeinderates, in der Rechtsanwalt Dr. Gerhard Spieß über das mögliche Baurecht auf dem übrigen Gärtnergelände informierte. Demzufolge ergibt sich aufgrund der bestehenden Bebauung in der Umgebung ein Baurecht im Osten und dem westlichen Teil des Gärtnergeländes. Die verbleibende

Fläche könne zwar bedingt als Außenfläche angesehen werden, die werde aber durch die Realisierung von Bauvorhaben an den Rändern vermutlich deutlich zusammenschrumpfen. Spieß stellte klar, so das Protokoll, dass die Gemeinde selbst die Einschätzung über Innen- oder Außenbereich treffen müsse, eine Überprüfung könne dann nur vor Gericht erfolgen. Mit einer Vereinbarung über die Übernahme der Erschließungs-, Beratungs- und Planungskosten durch die Grundeigentümerin sei die Gemeinde auf dem richtigen Weg, ebenso wie mit der Absicht, für einen Teil der neuen Wohnungen günstige Mieten festzulegen. Weitere Auflagen, wie etwa Beiträge zu einem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, der Schule oder der Feuerwehr am Ort, müssten aber genau belegt werden. Einen moderaten Zuwachs müsse die Gemeinde immer im Rahmen der Daseinsvorsorge auffangen.

Kurz vor der Bürgerversammlung hatte der Gemeinderat den Billigungsbeschluss für den Bebauungsplanentwurf gefasst, mit dem die Planung für den östlichsten Teil des Geländes, der schon lange brach liegt, auf den Weg gebracht wurde. Hier können vier Häuser mit je zwei Wohneinheiten entstehen – allerdings nur, wenn die Zufahrt geklärt

ist. Dafür müssen die beiden Eigentümer der Stichstraße einen Vertrag schließen. Ein Entwurf, so erklärte Bürgermeister Michael Bernwieser liege vor, ihn zu unterschreiben sei aber reine Privatsache. Erst wenn dieser Vertrag vorliege, werde mit der Grundeigentümerin Katharina Heider ein städtebaulicher Vertrag über die Übernahme der Planungs-, Beratungs- und Erschließungskosten geschlossen, dann werde der Bebauungsplanentwurf öffentlich ausgelegt, so dass sowohl die zuständigen Behörden als auch die Bürger ihre Einwendungen vorbringen können. Armin Mell lehnte als einziger den Entwurf ab, er sieht die Erschließung nicht geregelt, vor allem der geplante Fuß- und Radweg Richtung Ach sei gegen den Willen des betroffenen Grundeigentümers gar nicht möglich. Fritz Egold ließ sich vor der Abstimmung noch versichern, dass die Gemeinde nicht in Regress genommen werden könne, falls der Vertrag über die Zufahrt von der St. Heinricher Straße nicht zustande komme. Auf Nachfrage erklärte Bürgermeister Bernwieser, dass diese Zufahrt auch künftig nichts mit dem übrigen Gärtnergelände zu tun haben soll, für das derzeit ein sogenannter Rahmenplan erarbeitet wird.

Angela Shelley warf in der Bür-

gerversammlung dem gesamten Gemeinderat – ausdrücklich nahm sie nur Armin Mell aus – vor, nur die Interessen eines einzigen Investors zu vertreten, sie hätten vergessen, dass sie als Bürgervertreter gewählt worden seien. Die Anliegergemeinschaft, in deren Namen sie spreche, stehe solidarisch hinter zwei Grundeigentümern, die ihre Eigentumsrechte verteidigen wollten. Armin von Gruchalla warf den Räten vor, sich für ein Projekt einzusetzen, dass zu Enteignungen führe. Beide bezogen sich auf einen im Entwurf geplanten Fußweg Richtung Ach, den der betroffene Eigentümer auf seinem Grund nicht haben möchte sowie die Erschließung zur St. Heinricher Straße, die im ersten Entwurf über eine private Stichstraße führen sollte. Das ist, so hatte Bürgermeister Bernwieser im Vorfeld erklärt, im neuesten Entwurf nicht mehr vorgesehen. Wer darauf gehofft hatte, diesen Entwurf zu sehen, wurde allerdings enttäuscht. Der an der St. Heinricher Straße wohnende Rechtsanwalt Dr. Michael Böcker beharrte darauf, dass es auf dem Gärtnergelände kein Baurecht gebe. Sein Kollege Dr. Spieß wisse genau, warum er keine schriftliche Stellungnahme mit Unterschrift abgebe, sondern nur mündlich informiere. Er forderte, es solle

für Seeshaupt Geld heraus schauen, in Form eines Grundstücks, auf dem für die Bürger gebaut werden könne.

Fredrik Helmstrand, der sich selbst als Ingenieur und Städteplaner vorstellte, befand dagegen, die Seeshaupter sollten dankbar sein, dass Eigentümerin Katharina Heider bereit sei, für Seeshaupt die Gärtner mit Wohnungen zu bebauen. Andi Gerber bedauerte als auswärtiger Interessent, dass es in der Diskussion überhaupt nicht um die Visionen gehe, die in dem Projekt stecken könnten.

3. Bürgermeister Max Amon wurde es schließlich zu viel: Eindringlich verwahrte er sich gegen den Vorwurf der Kungelei. Der Gemeinderat habe sich nicht um die städteplanerische Aufgabe gerissen, die Alternative sei aber gewesen, das Ganze einfach mit ungewissem Ausgang laufen zu lassen. In der folgenden Gemeinderatssitzung bekräftigten das auch andere Gemeinderäte: Fritz Stuffer versicherte, er verstehe zwar, dass Bürgermeister Bernwieser in einer Bürgerversammlung niemand das Rederecht entziehen könne, er sei aber nicht gewillt, sich alles anzuhören. „Das nächste Mal stehe ich auf und gehe,“ erklärte er – dem schlossen sich mehrere seiner Ratskollegen an. *kia*